

MRZ vom 5.10.2007

ÖDP: Dilettantismus

Heftige Kritik an Lerchenberger Gebühren

LERCHENBERG. Massive Kritik an den Gebührenbescheiden für die Straßenreinigung auf dem Lerchenberg (wir berichteten) übt die Stadtratsfraktion ÖDP/Freie Wähler. Demnach soll künftig bei Reihenhäusern, die im rechten Winkel von der Straße abgehen, nur noch der vordere Hauseigentümer Gebühren zahlen, der dann aber deutlich höhere.

Hartmut Rencker von der Lerchenberger ÖDP: „Was der Dilettantismus der Stadt jetzt hervorgebracht hat, ist kaum noch zu übertreffen.“ Rencker spricht von „formaljuristischen Geschacher“ darüber, „was denn nun vorne oder hinten ist“. Zudem sei in den massenhaft versandten Korrekturbescheiden „kein Fehler ausgelassen“ worden: „Weil die EDV mit den Din-

gen überfordert ist, wurden alle Bescheide handschriftlich nachgebessert, offenbar von verschiedenen Lehrlingen, wie die Vielfalt der Methoden vermuten lässt.“

Nachforderungen von 400 bis fast 1000 Euro versetzen manchen Lerchenberger in Panik“, konstatiert ÖDP/Freie Wähler. Trotz der Vielgestaltigkeit der Fehler hätten alle Bescheide eines gemeinsam: Es werde „über Jahre kräftig nachgefordert und abgebucht, sogar bei den Hinterliegern, nur hat man vergessen, bereits erbrachte Zahlungen gegenzurechnen“.

Es wird deshalb dringend geraten, Rechtsmittel einzulegen und bei der Annahme, dass im Oktober zu viel abgebucht wird, eine erteilte Lastschrifteinzugsermächtigung zu widerrufen.

MRZ vom 6.10.2007

Stadt: Panikmache

Kritik an ÖDP-Erklärung zu Reinigungsgebühren

LERCHENBERG. Als „Rundumschlag“, der nicht der seriösen Information der Bürgerebene diene, weist die Stadtverwaltung die Kritik von ÖDP-Mann Hartmut Rencker an Gebührenbescheiden im Stadtteil Lerchenberg zurück. Die ÖDP hatte moniert, dass Hausbesitzer mit Nachzahlungen von bis zu 1000 Euro belastet würden, weil sie nunmehr die Straßeneinigungsgebühren für hinter ihnen liegende Reihenhäuser mit zu zahlen hätten.

Die Verwaltung äußert Verständnis für den Verdross einiger Hausbesitzer, stellt aber die Ursache der neuen Bescheide klar: „Es handelt sich hierbei immerhin um den

Urteilsspruch des Oberverwaltungsgerichts Rheinland-Pfalz aufgrund der anhängigen Klage eines Privatmannes, nicht um eine Art Laube der Stadtverwaltung Mainz.“

Besonders stößt sich die Verwaltung an der „abenteuerlichen Unterstellung“ Renckers, handschriftliche Korrekturen auf den Schreiben seien „von Lehrlingen“ vorgenommen worden: „Sie stammen originär von den zuständigen Sachbearbeitern.“ Der Vorwurf von Fehlern und fehlenden Rückzahlungen für die Hinterlieger entbehre in der Realität jeglicher Basis. Renckers Aufforderung, Rechtsmittel einzulegen, sei „latente Panikmache“.

Anmerkung:

Offenkundig liegen bei der Stadt die Nerven blank, wenn diese den Vorwurf der "Lehrlingsarbeit" wörtlich nimmt. Und die Panik hat nicht die ÖDP verursacht, sondern nur die von der Stadt ausgelöste Panik unter den Menschen aufgegriffen und dabei zahllose Mängel in den Bescheiden festgestellt. Entgegen der Behauptung der Stadt gibt es nur rückwirkende Neuberechnungen über mehrere Jahre mit der Ankündigung einer aölsbaldigen Abbuchung. Eine Gegenrechnung bereits erbrachter Leistungen wurde vergessen.

Lösungsvorschlag:

Die Stadt verzichtet auf die Kehr-Einnahmen und lässt auch die Vorderlieger kehren, so wie es die Hinterlieger schon immer getan oder unterlassen haben. Damit wäre eine Gleichbehandlung z.B. mit dem kehrfreien Drais hergestellt.

Hartmut Rencker